



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

††: Von der preußischen Grenze.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Klinge, sehr kurzem Griffe und auffallend dickem Knopfe für Nichtschwerter, ohne zu bedenken, daß ein solches immer einen Griff zu zwei Händen, auch die Klinge eine entsprechende Länge haben mußte. In der Regel besaß das große, ausschließlich zum Köpfen bestimmte Nichtschwert des Mittelalters keine Scheide, aber das obere Klingenende (die Stärke) ein Loch, mittelst dessen es an der Wand hing. Klingen mit solchem Loch trifft man bereits selten, am seltensten jene mit dem dreieckigen. Sind an der Stärke drei Löcher befindlich, so deutet dieses auf die Eigenheit, daselbst Bleikugeln zur Vermehrung des Zuges einzusetzen. Doch scheint diese Künstelei wie der Gebrauch des Daumenringes an der Parirfange eine Neuerung der Scharfrichter zu Ende des Mittelalters gewesen zu sein. An sehr alten Nichtschwertern kommen diese nie vor. Im Naturalien cabinet der Benedictiner-Abtei Göttweih befindet sich ein Nichtschwert aus dem 15. Jahrhundert (1444) mit einer Inschrift, welche unter den Scharfrichtern der Donaulande ziemlich beliebt gewesen zu sein scheint, denn auch auf dem Nichtschwert jenes Franz Johann Wohlmutz liest man den ähnlichen Spruch. Er lautet: „Wer etwas findet, eh' daß es verloren, etwas kauft, eh' daß es feil ist, der stirbt, eh' daß er krank wird.“

H. Weisinger.

Von der preussischen Grenze.

Wir sind in der unangenehmen Lage gewesen, verschiedene Maaßregeln der preussischen Regierung angreifen zu müssen; desto erfreulicher ist es, ihr einmal aus vollem Herzen beitreten zu können. Die Note vom 27. Februar, in welcher Herr von Gruner auf die rücksichtslose Brutalität des Lord John Russell geantwortet, gehört zu den gelungensten Actenstücken der neuen preussischen Politik. Zwar hätte die Art und Weise, wie Lord John zur preussischen Regierung zu reden sich erdreistet, unseres Bedünkens ein förmliches Absehen von den diplomatischen Formen gerechtfertigt; aber was innerhalb derselben gesagt werden konnte, ist dem edlen Lord wirklich gesagt worden. Möchte er und das gesammte englische Volk daraus lernen, daß man mit Preußen auf

eine andere Weise verkehren muß, wenn man es, was über kurz oder lang doch geschehen wird, einmal braucht. Wir sind wahrhaftig nicht gemeint, der Einnischung persönlicher Motiven in die Politik das Wort zu reden, aber Lord John ist doch am Ende alt genug, um die Welt und die Menschen zu kennen, um einzusehen, daß der Weg, den er einschlägt, leicht dahin führen kann, Preußen entweder in die heilige Allianz oder in ein französisches Bündniß zu treiben. Beides würde den Engländern nicht bequem sein.

Auch die preußische Regierung sollte sich diesen Vorfall zu Herzen nehmen. Glücklicherweise sind in diesem Fall die Behörden vollständig in ihrem Recht gewesen, aber unsere Einrichtungen sind noch keineswegs von der Art, daß man in jedem Collisionssfall dafür stehen könnte. Zwar sind eigentlich die Geseze und die polizeilichen Institutionen um der Inländer willen da, aber die Möglichkeit eines Conflictß mit dem Ausland kann doch zur Beschleunigung der Reform ein neues Motiv geben. Die unglückselige Angelegenheit der Berliner Polizei hat nicht wenig beigetragen, den Ruf Preußens im Ausland zu untergraben und Lord John zu jener Tactlosigkeit zu verleiten. Dinge wie in Berlin kommen überall vor; sobald sie aber einmal öffentlich bekannt sind, und die Regierung weder die Kraft noch den Willen zeigt, ihnen abzuhelpfen, so kann man sich bei einem Lord, dessen Kenntniß des Auslandes nicht übertrieben ist, erklären, wenn er die preußischen Zustände ungefähr auf einem Fuß mit den alt-neapolitanischen behandelt.

Auch die zahlreichen Conflictte zwischen Militär und Volk sind den Engländern nicht unbekannt geblieben. Wenn ein Engländer die Expectorationen der „Militärischen Blätter“ über das Verhältniß dieser beiden Stände liest, so kann man es ihm wahrlich nicht verargen, wenn er sich nach Neapel versetzt glaubt. Daß neulich den Herren Officieren der Befehl Friedrich Wilhelm III. in Erinnerung gebracht ist, genügt noch nicht. Preußen, heißt es, soll moralische Eroberungen in Deutschland machen: was man mit Hilfe unserer Officiere bis jetzt für Eroberungen gemacht hat, zeigen u. a. die Verhandlungen des Gothaischen Landtags über Herrn von Wisleben. Sobald der allgemein verbreiteten und nur zu gegründeten Meinung, daß das preußische Heer selbstständige Politik treibe, nicht gründlich vorgebaut wird, kann es keinem Nichtpreußen einfallen, eine nähere Verbindung mit diesem Staat zu wünschen.

Die Sache ist sehr ernst und muß im gegenwärtigen Augenblick entschieden werden. Die Verhandlung über die Militärvorlagen im Abgeordnetenhaufe steht nahe bevor. Zwar hoffen wir, daß sich die Möglichkeit einer nicht unbedeutenden Ermäßigung herausstellen wird, aber trotz der neuen ungeheuren Last, die diese Neuerung dem Volk aufbürdet, glauben wir doch, daß man sie für den Augenblick nicht ablehnen kann, ohne den

preussischen Staat wehrlos zu machen. Aber diese Ueberzeugung muß nicht bloß auf Seite der Volksvertreter, sondern auch auf Seite der Regierung stattfinden; die Regierung muß begreifen, daß die Volksvertreter nicht bloß das Recht, sondern auch die Pflicht haben, Garantie dafür zu fordern, daß die neue Einrichtung nicht zum Verderben Preußens ausschlage. Zum Verderben Preußens aber schlägt sie aus, wenn nicht vorher ausgemacht wird, daß die Armee keinen Staat im Staate bilden darf. Die Volksvertreter unserer Partei haben nicht bloß das Recht, sondern die Pflicht, die Unterstützung der Regierung in dieser Frage von der Garantie abhängig zu machen, welche die letztere für den innern Frieden bietet. Eine vollgiltige Garantie gewährt nur ein Gesetz, durch welches der erimirte Gerichtsstand des Militärs in allen Collisionsfällen mit dem Civilstand aufgehoben wird. Da ein solches Gesetz im Herrenhause nie durchgehen würde, so ist eine Reform des Herrenhauses die zweite nothwendige Garantie für den innern Frieden, ohne welche die Uebernahme einer so ungeheuern Last nicht erfolgen darf. Die Abgeordneten würden eine schwere Verantwortung auf sich nehmen, wenn sie auch diesmal, da die Zeit drängt, sich zu einem summarischen Proceß verleiten ließen. Es hat für sie und für die Regierung freilich viel Unbequemlichkeiten, wenn der Landtag über die gewöhnliche Zeit hinaus ausgedehnt wird; aber wo es sich um eine Lebensfrage für Preußen handelt, kommt es auf solche Unbequemlichkeiten nicht an. Es ist sehr zu beklagen, daß die Regierung nicht in dieser ernstesten Sache die Initiative ergriffen hat; dem Landtag bleibt kein anderes Mittel, als die Bewilligung neuer Steuern (und was für ungeheurer Steuern! von denen noch dazu Niemand ahnt, wo sie herkommen sollen!) davon abhängig zu machen, daß die Regierung endlich von dem ihr verfassungsmäßig zustehenden Recht Gebrauch macht, die vollständige Stockung der preussischen Gesetzgebung zu beendigen.

In der polnischen Frage, wo die Regierung mit dem Landtag Hand in Hand ging, hätten wir ein näheres Eingehen auf die Sache gewünscht. Die Offenherzigkeit der Polen läßt nichts zu wünschen übrig: sie verlangen die Grenzen von 1772, sie verlangen also u. a. Danzig, Elbing und Marienburg; für diese Länder verlangen sie — was? ist zwar nicht recht deutlich, aber doch etwas wie gemeinsame Administration und gemeinsame Vertretung mit russisch Polen. Ob es nun wirklich unter den polnischen Bewohnern von Posen Individuen gibt, bei denen der Einfall: lieber russisch als preussisch! mehr als ein Einfall ist; ob die Zahl dieser Individuen sich nach den neuesten Warschauer Erfahrungen vermehrt hat, das ist gleichviel: jedenfalls verlangte die Sache eine nicht bloß formelle Behandlung.

So lange diese polnische Frage dauert, gibt es wenigstens ein Interesse, welches für die Regierungen von Rußland, Preußen und Oestreich gemeinsam

ist; wenn auch die preußische am wenigsten dabei zu besorgen hat. Diese eigenthümliche Stellung muß man erwägen, wenn man gegen die auswärtige Politik Preußens nicht ungerecht sein will. Wir meinen damit namentlich sein Verhältniß zu Italien.

Zwar qualificirt sich die Schlittenbach'sche Angelegenheit sehr entschieden zu einer Interpellation. Daß der edle Graf in seine Garnison zurückgerufen ist, will nicht viel sagen; das Ministerium hat die Verpflichtung, dem Landtag eine officielle Erklärung darüber zu geben, was eigentlich vorgefallen ist. Wie das Gerücht erzählt, hat ein Mitglied der preußischen Diplomatie sich in Intriguen eingelassen, welche Preußen wenn nicht in einen Krieg verwickeln, doch in die unangenehmste Lage hätten versetzen können. Das Ministerium hat nun dem Landtag zu erklären, was an diesem Gerücht wahr ist, und durch welche Strafe es — die Wahrheit vorausgesetzt — künftigen Uebertretungen vorzubeugen gedenkt. Wenn Lord John in Bezug auf diesen Fall eine ähnliche Note an Preußen gerichtet hätte, wie in der Macdonald'schen Sache, so wäre es hart für Preußen.

Aber das Verlangen, die preußische Regierung solle das neue Königreich Italien in einer feierlicheren Weise anerkennen als bereits geschehen, finden wir ungerecht. Die Gründe, welche England und die Schweiz dazu bestimmt haben, sind für Preußen nicht stichhaltig. Wir hegen die wärmsten Sympathien für Italien, aber für jetzt besteht der Staat nur *de facto*, nicht *de jure*. *De facto* läßt Preußen die Regierung des König Victor Emanuel in Neapel, in Florenz, überall gelten, wie es auch in der Ordnung ist; die Titulatur bietet keine Schwierigkeiten, denn will man Victor Emanuel weder König von Italien noch König von Sardinien nennen, so kann man ihn einfach als König Victor Emanuel bezeichnen, unter welcher Adresse ja auch die französischen Briefe ankommen. — Aber eine Anerkennung des Königreichs Italien *de jure*, d. h. eine Anerkennung der Occupation von Toscana und Modena, gegen welche Oestreich und theilweise auch Frankreich Protest eingelegt haben: eine solche Anerkennung ist ein Schritt, den man nicht beiläufig thut; es ist ein Schritt, durch welchen man in dem über kurz oder lang bevorstehenden Conflict bereits Partei nähme. So lange sich die preußische Regierung dazu nicht entschlossen hat — und noch scheinen auch uns die Verhältnisse lange nicht dazu geeignet zu sein — darf man ihr nicht zumuthen, einen Schritt zu thun, den sie nachher zurück nehmen müßte.

Das Königreich Italien hat gegenwärtig seine Probe zu bestehen; es hat zunächst seine wirkliche Existenz zu beweisen: das Recht zur Existenz wird sich später finden. Seine Existenz beweist es nicht dadurch, daß es die Kriegsfackel entzündet, sondern daß es das, was es bereits behauptet, wirklich regiert. Wenn die Nation im Verein mit dem König Kraft genug zeigt, das südliche Italien zu organisiren und sowol die Banden der Bourbons als die

Banden der Anarchisten zu Boden zu schlagen, so wird ihm die Anerkennung nicht fehlen, welche man einer wirklichen Existenz nie versagt. Daß man erst Rom haben müsse, ehe man Neapel organisiren könne, ist eine bloße Redensart. Rom wird die Schwierigkeiten nicht vermindern, sondern um's Zehnfache vermehren. Es war bereits ein Unglück, daß die piemontesische Regierung sich dem Unternehmen Garibaldi's gegen Süditalien anschließen mußte — sie mußte es! Läßt sie sich aber jetzt von seinen Visionen bestimmen, mit ungeordneten Freischaaren einen Krieg gegen Oestreich, gegen eine der ersten Militärmächte Europas zu unternehmen, so heißt das nichts Anderes, als sie macht sich zu einer französischen Provinz; und so wenig Sympathien die europäischen Mächte für Oestreich haben, ein neues napoleonisches Reich können sie unter keinen Umständen dulden. Auf's Tiefste empfinden wir die schweren Sorgen mit, welche auf Cavour lasten, dem echten Patrioten; wir hoffen, daß er bei seiner außerordentlichen Kraft doch der Geister Herr werden wird, die er selber heraufbeschworen hat; — aber helfen kann ihm dabei Niemand als die italienische Nation.

Wöge die Kriegspartei nicht auf Ungarn rechnen! Ungarn zeigt die beste Haltung, das, was es erlangen kann und darf, auf friedlichem Wege zu erlangen. Das Verlangen der Ungarn, die überhaupt denken, geht nicht auf eine Lösung von der östreichischen Monarchie, sondern auf die Verwandlung des Verhältnisses in eine Personal-Union. Es scheint, als ob sie dies Verlangen erreichen werden. Sind sie im Stande, Oestreich die Garantie zu geben, daß sie den sie treffenden Antheil an den Staatsschulden, an den Abgaben und an der Militärverpflichtung tragen, so wird man in den sauren Apfel beißen und ihnen in allen anderen Punkten nachgeben. Wenn die liberalen Deutschöstreicher nicht alle Besinnung verloren haben, so müssen sie in ihrem eigenen Interesse diesen Bestrebungen zu Hilfe kommen, um für die deutschen Erblande eine ähnliche Verfassung zu erlangen: für sich selber erreichen sie gar nichts und können nichts erreichen, außer was man ihnen bis jetzt gewährt hat, nämlich daß ein Jude und drei Poeten zu Pairs ernannt worden sind. Das ist freilich Etwas, aber es reicht noch nicht aus, um hölzernes Eisen oder einen constitutionell-östreichischen Einheitsstaat möglich zu machen.

† †

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Moriz Busch.

Verlag von F. L. Herbig. — Druck von C. E. Elbert in Leipzig.